

Von den in der geschilderten Weise tätigen Feindorganisationen, die unter der Flagge des Kampfes für die Einhaltung und Verwirklichung der Menschenrechte auftreten und Bürger der DDR zur Ausreise anzustiften versuchen, waren im Berichtszeitraum die "Gesellschaft für Menschenrechte" (zu ihr hatten 63 Personen Kontakt aufgenommen), der Verein "Hilferufe von drüben" (41 Personen) sowie der Chefredakteur des "ZDF-Magazins" LÖWENTHAL (42 Personen) besonders aktiv, erweiterten ihre personelle, organisatorische und materielle Basis und koordinierten ihre Tätigkeit. Eine Reihe neuer Mitarbeiter bzw. Helfer konnten identifiziert werden. In gleicher Weise traten in einzelnen Ermittlungsverfahren das "Brüsewitz-Zentrum", einzelne Ortsgruppen der CDU und Jungen Union sowie die in Westberlin etablierten Feindorganisationen "Arbeitsgruppe für Menschenrechte", "Vereinigung für Menschenrechte", die "Arbeitsgemeinschaft 13. August" und der im "Axel-Springer-Inlanddienst" tätige Journalist NAUMANN in Erscheinung.

Von der "Gesellschaft für Menschenrechte" (GfM) konnten im Berichtszeitraum besonders Aktivitäten des "Arbeitsausschusses Bürgerrechtsbewegung und politische Gefangene der DDR" sowie der Arbeitsgruppen Göttingen, Hamburg, Köln, Aachen und Salzburg/Österreich nachgewiesen werden. Die "GfM" organisierte zum Teil im Zusammenwirken mit "Hilferufe von drüben" und dem "Brüsewitz-Zentrum" durch Zusammenstellung von Dokumentationen über angebliche Menschenrechtsverletzungen in der DDR und deren Übergabe u.a. an die UNO, das Europäische Parlament sowie an das Madrider Nachfolgetreffen schwerwiegende Provokationen gegen die DDR. Zur Störung des Madrider Nachfolgetreffens richtete sie gemeinsam mit der "Europäischen Helsinki Gruppe" aus Zürich und einer ähnlichen Gruppe aus den USA eine "Informations- und Beschwerdestelle" in Madrid ein. Weitere auf internationale Diskriminierung der DDR gerichtete Aktionen, so z.B. Hungerstreiks, Standdemonstrationen, Flugblattaktionen organisierte die "GfM" vor der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, an der Staatsgrenze zur DDR in Westberlin sowie in zahlreichen Orten der BRD, in denen der DDR u.a. wiederum Zwangsadoptionen unterstellt, Ausreisen für DDR-Bürger und Freilassung politischer Gefangener gefordert wurden. Hohe Wirksamkeit zeigte ein in der NDR-Sendung "Aktuelle Schaubude" veröffentlichtes Interview mit einem "GfM"-Mitglied, in dessen Folge sich eine Reihe DDR-Bürger an die "GfM" wandten.